



Bundesamt für Umwelt BAFU
Frau Franziska Schwarz
3003 Bern

Per E-Mail an:
Gian-reto.walther@bafu.admin.ch

Bern, 16. Oktober 2015

Vernehmlassung zur Strategie der Schweiz zu invasiven gebietsfremden Arten Stellungnahme des Schweizerischen Gemeindeverbands (SGV)

Sehr geehrte Frau Schwarz

Mit Schreiben vom 14. August 2015 haben Sie dem SGV das oben erwähnte Geschäft zur Stellungnahme unterbreitet. Für die Gelegenheit uns aus Sicht der rund 1'650 dem SGV angeschlossenen Gemeinden äussern zu können, danken wir Ihnen.

Der SGV stimmt den im erläuternden Bericht beschriebenen Aussagen zu, dass mit der Handhabung von gebietsfremden Arten eine Vielzahl von Stellen, Institutionen und Diensten beauftragt sind. Diese erfüllen jeweils spezifische Aufgaben in ihren jeweiligen Verantwortungsbereichen, was hohe Anforderungen an den Daten- und Informationsaustausch sowie die Koordination zwischen den betroffenen Stellen stellt. Nebst den nationalen und kantonalen Behörden kommt bei gebietsfremden Arten auch den Gemeinden eine wichtige Rolle zu, insbesondere im Hinblick auf den Vollzug, in der Bekämpfung, in der Öffentlichkeitsarbeit und der Erhebung von Grundlagen.

Aufgrund des zunehmenden Handlungsdrucks haben in den vergangenen Jahren Bund, Kantone und Gemeinden sowie weitere Akteure Aktivitäten lanciert, die sich dem Umgang mit invasiven gebietsfremden Arten annehmen. Ohne eine zielgerichtete Koordination dieser Akteure und Aktivitäten besteht die Gefahr von Doppelspurigkeiten, Mitnahme-effekten und schlimmstenfalls sogar Verhinderung der Zielerreichung der Strategie. Der SGV stimmt aus diesen Überlegungen der vorgeschlagenen Strategie im Grundsatz zu.

Eine effektive und effiziente Umsetzung der Strategie zu invasiven gebietsfremden Arten setzt eine enge Verzahnung von Grundlagen und Vollzug voraus. Vor diesem Hintergrund bedauert es der SGV umso mehr, dass die kommunale Ebene sowohl bezüglich der zukünftigen Aufgaben- und Rollenteilung und vor allem auch bezüglich des zusätzlichen Ressourcenbedarfs in der vorliegenden Strategie nicht ausdrücklich erwähnt wird. Die Umsetzung der in der Strategie vorgeschlagenen

Massnahmen wird ebenfalls auf kommunaler Ebene zu zusätzlichen Kosten führen, einmaligen und wiederkehrenden.

Demgemäss fordert der SGV einerseits, dass die Rolle von Städten und Gemeinden in der Strategie der Schweiz zu invasiven gebietsfremden Arten konkret bestimmt wird. Und andererseits verlangt der SGV, je nachdem welche Aufgaben der kommunalen Ebene zufallen sollen, dass der entsprechende Ressourcenbedarf ausgewiesen und mindestens eine Teilfinanzierung durch Bund und Kantone sichergestellt wird.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gemeindeverband

Präsident

Direktor



Hannes Germann
Ständerat

Reto Lindegger

Kopie an: Schweizerischer Städteverband, Bern